

Fortschritte im Norden

[12.04.2023] Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther und Hamburgs Erster Bürgermeister Peter Tschentscher besichtigen das LNG-Terminal in Brunsbüttel und bekräftigen nach einer gemeinsamen Kabinettsitzung die Wasserstoff-Kooperation beider Länder.

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg und die Landesregierung Schleswig-Holstein haben sich in einer gemeinsamen Kabinettsitzung auf eine Stärkung der Wasserstoffwirtschaft verständigt. „Wir setzen im Norden auf die Zukunft und sind startklar für die Energiewende“, sagte Ministerpräsident Daniel Günther Anfang April 2023 im Anschluss an die Sitzung in Brunsbüttel. Hamburgs Erster Bürgermeister Tschentscher zeigte sich ebenfalls zufrieden: „Der Norden macht Fortschritte für Deutschland.“ Die Zusammenarbeit der Länder sei von Vertrauen und gegenseitiger Unterstützung geprägt, betonten beide Ministerpräsidenten. Teil dieser vertrauensvollen Zusammenarbeit seien die regelmäßigen gegenseitigen Besuche der Kabinette. Das diesjährige Gastgeberland Schleswig-Holstein hatte zu einer gemeinsamen Sitzung bei der Brunsbüttel Ports GmbH eingeladen. „Wir haben diesen Ort ganz bewusst gewählt, um deutlich zu machen, dass wir bei der Energiewende an einem Strang ziehen“, betonte Günther. Die Regierungsmitglieder der beiden norddeutschen Länder nutzten das Treffen, um das LNG-Terminal im Elbehafen zu besichtigen und sich von Geschäftsführer Frank Schnabel über das FSRU-Schiff (Floating Storage and Regasification Unit) informieren zu lassen.

Beide Länder waren sich einig, dass die Nutzung von Wasserstoff weiter an Bedeutung gewinnen wird. Deshalb forderten sie den Bund auf, Hamburg und Schleswig-Holstein frühzeitig an das vom Fernleitungsnetzbetreiber Gasunie geplante europäische Wasserstoff-Transportnetz HyPerLink III anzuschließen. „Der Norden ist die Zukunftsregion für die Erzeugung, Nutzung und Verteilung von grünem Wasserstoff in Deutschland“, sagte Bürgermeister Tschentscher. Die geplante Wasserstoffleitung von Ellund an der deutsch-dänischen Grenze nach Heidenau südlich der Elbe sei entscheidend für das Gelingen der Energiewende.

Um insbesondere die norddeutsche Industrie frühzeitig mit Wasserstoff versorgen zu können, müsse die Bundesregierung sicherstellen, dass dieses Projekt bis 2028 in Betrieb genommen werden kann. Darüber hinaus fordern Günther und Tschentscher den Bund auf, regulatorische Hemmnisse für die regenerative Wasserstoffwirtschaft in Deutschland abzubauen und einen langfristig tragfähigen Finanzierungsrahmen für die Wasserstoff-Infrastruktur in Deutschland zu schaffen. „Dafür werden wir uns gemeinsam beim Bund fachlich und politisch stark machen“, so der schleswig-holsteinische Regierungschef.

(al)